

**Rede des
Niedersächsischen Ministerpräsidenten
Christian Wulff
anlässlich der Veranstaltung der Stiftung Ordnungspolitik
am 25. November 2005, 18.00 Uhr, in Freiburg**

**„Ordnung und Vertrauen als Voraussetzungen für wirtschaftliche Dynamik und soziale
Sicherheit im 21. Jahrhundert“**

(Es gilt das gesprochene Wort!)

1. Begrüßung
2. „Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“
3. Deutschland braucht Reformen
4. Deutschland braucht Mut und Zuversicht
5. Politik braucht Vertrauen
6. Politik braucht Ehrlichkeit
7. Politik braucht ein solides Fundament
8. Wirtschaft braucht Ordnung
9. Wirtschaft braucht Freiheit
10. Schlusswort

1. Begrüßung

Sehr geehrter Herr Dr. Gerken (Vorstandsvorsitzender der Stiftung für Ordnungspolitik),
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Salomon (OB der Stadt Freiburg i. Br.),
sehr geehrter Herr Ehlers (Mitglied des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik),
meine sehr geehrten Damen und Herren,

2. „Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“

Deutschland hat eine neue Regierung. Am 22. November ist Angela Merkel zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Sie ist Regierungschefin

einer Großen Koalition, die sich auf ein Regierungsprogramm hat einigen können, das unter dem Namen „Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“ firmiert. Von ihm sollen die dringend notwendigen Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Die Verhandlungen waren schwierig, aber allen war klar, dass Deutschland nach mehr als einem halben Jahr des Stillstands möglichst schnell eine stabile Regierung braucht. Zu dieser Großen Koalition gab und gibt es keine vernünftige Alternative. Die Wählerinnen und Wähler haben so entschieden. Die Politik ist aufgefordert, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

Es hat in den letzten beiden Wochen viel Kritik am Koalitionsvertrag gegeben, der die Grundlage der Regierungsarbeit in den kommenden vier Jahren bilden wird. Das ist verständlich, denn es ging nicht um die Verteilung von Geschenken, sondern - angesichts der dramatischen Haushaltslage - eher um die Verteilung von Zumutungen. Die lauteste Kritik kam aus dem Arbeitgeberlager und von den Gewerkschaften. Das ist ein gutes Zeichen, denn das deutet darauf hin, dass die Zumutungen auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig verteilt sind. Christoph Schwennicke schreibt dazu in der Süddeutschen Zeitung treffend: „Es gibt keinen Koalitionsvertrag, den Herr Hundt vom Arbeitgeberverband und Herr Hirrlinger vom Sozialverband gemeinsam gut fänden, es sei denn, er schriebe die Versklavung der Arbeitnehmerschaft bei gleichzeitiger Steuerfreiheit der Unternehmer sowie eine Mehrwertsteuerbefreiung bei Vorlage des Rentnerausweises hinein“.

Trotz aller Kritik: Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. An vielen Stellen werden die Reformen der letzten Jahre weitergeführt - wenn auch nur in vielen kleinen Schritten.

Der Vertrag trägt deutlich die Handschrift der Union:

Wir wollen Vorfahrt für Arbeit und Beschäftigung. Die Große Koalition hat deshalb den Abbau der Arbeitslosigkeit zur zentralen Verpflichtung erklärt. Wir haben vereinbart, die Lohnzusatzkosten zu senken, den Kündigungsschutz flexibler zu gestalten, Mittelstand und Existenzgründer besser zu fördern und überflüssige Bürokratie abzubauen. Vor allem haben wir beschlossen, die Beiträge zur Sozialversicherung auf unter 40 % zu senken.

Wir wollen die öffentlichen Haushalte sanieren. Es muss Schluss sein mit der Verlagerung von Schulden auf kommende Generationen und der Zerstörung der Zukunft unseres Landes. Deshalb wollen wir entschlossen sparen und mutig Subventionen abbauen. Im Verlaufe der Koalitionsverhandlungen ist allerdings auch deutlich geworden, dass die nachhaltige Haushaltskonsolidierung ohne eine Erhöhung von Steuern nicht zu schaffen ist.

Wir wollen, dass sich die Menschen auf die sozialen Sicherungssysteme verlassen können, die aktuell vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit, langfristig aber durch den sich verändernden Altersaufbau der Bevölkerung gefährdet sind. Deshalb haben wir uns darauf verständigt, Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen auf den Weg zu bringen. In der Rentenversicherung sind diese bereits beschlossen. Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird von 65 auf 67 Jahre angehoben. Versicherte, die mehr als 45 Jahre Beiträge gezahlt haben - dazu zählen im Übrigen auch Beiträge für die Erziehung von Kindern - werden weiterhin mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. Ich freue mich, dass dieser Passus in den Vertrag aufgenommen wurde, denn er belohnt die langjährig Versicherten, also die Leistungsträger dieser Gesellschaft. Bei der Krankenversicherung sollen weitergehende Reformen im nächsten Jahr beraten und beschlossen werden. Bei der Pflegeversicherung haben wir den Einstieg in die kapitalgedeckte Zusatzvorsorge vereinbart.

Wir wollen, dass die Familie die wichtigste Form des Zusammenlebens bleibt. Wir machen Schluss damit, dass die Familie relativiert wird. Deshalb haben wir u.a. vereinbart, die Kinderbetreuung auszubauen, ein einkommensabhängiges Elterngeld einzuführen und die Kinderbetreuungskosten bei der Einkommensteuer ab dem ersten Euro zu berücksichtigen.

Wir wollen, dass der Aufbau Ost weiter vorankommt. Wir haben deshalb vereinbart, dass die zugesagten Mittel des Solidarpaktes II in voller Höhe zur Verfügung stehen und die neuen Länder mehr Möglichkeiten erhalten, ihre Probleme durch Abweichungen vom Bundesrecht zu lösen.

Schließlich wollen wir eine handlungsfähige Europäische Union. Wir haben deshalb vereinbart, dass Deutschland die Ratspräsidentschaft 2007 nutzen wird, um neue Anstöße zu geben für mehr Demokratie und weniger Bürokratie in Europa. In den Verhandlungen mit der Türkei wird es keinen Automatismus geben. Für uns war immer klar, dass die Türkei alle Bedingungen strikt erfüllen muss. Und genau so ist es jetzt im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden.

Hinzu kommen viele kleine Dinge mit großer Wirkung, die manche noch gar nicht registriert haben, weil sie den Koalitionsvertrag noch gar nicht gelesen haben. Ich nenne beispielhaft die Einigungen beim Bürokratieabbau, beim Gentechnik-Recht, der Antidiskriminierungsrichtlinie, beim Abbau der Statistiken und Buchführungspflichten, die im Sinne der Union vor allem für den Mittelstand erreicht werden konnten.

Dies entspricht sicher nicht vollständig dem ursprünglichen Regierungsprogramm der Union. Auch ich hätte mir gewünscht, dass wir auf dem Arbeitsmarkt zu mehr Flexibilität kommen, dass wir mit dem Kombilohn einen großen Schritt in Richtung Niedriglohnsektor kommen, dass wir mit konkreten Reformen alle Zweige der sozialen Sicherungssysteme auf eine solide und auch langfristig tragfähige Grundlage stellen würden. Und auch ich hätte mir gewünscht, dass die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer vollständig zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt würden. Noch mehr Mut hätte uns sicher gut getan. Aber wenn man alles zusammen nimmt und einen Strich darunter zieht, dann ist das eine gute Grundlage für einen Neuanfang in Deutschland.

Bei allem Jammern über das Ergebnis beim Koalitionspoker sollte man nicht vergessen, dass es zu Schwarz-Gelb und zu einem deutlich reformfreudigeren Kurs nicht gereicht hat. Bei der Bundestagswahl stand mit dem Programm der Union ein Angebot zu Wahl, das weit mehr Zumutungen und weitergehende Reformen enthalten hat. Dieses Angebot haben die Wählerinnen und Wähler ausgeschlagen. Diesem Umstand muss eine zukünftige Bundesregierung Rechnung tragen, denn auch sie ist auf Mehrheiten angewiesen.

Wir sollten der neuen Regierung eine faire Chance geben und nicht gleich über sie herfallen. Wenn wir schon bei den Arbeitnehmern die Probezeit auf zwei Jahre verlängern, sollten wir der neuen Bundesregierung wenigstens ein Jahr zugestehen, um zu zeigen, was sie kann. Die anstehenden Probleme sind nun einmal nicht von heute auf morgen zu lösen. Dazu sind die Herausforderungen nicht zuletzt aufgrund der extrem schwierigen Haushaltslage einfach zu groß. Wichtig ist zunächst, dass die Regierung das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnt. Und dem ist Angela Merkel mit dem Koalitionsvertrag ein gutes Stück näher gekommen. Warten wir doch einfach einmal ab, wie sich die Dinge entwickeln werden. Und, um in den Worten von Angela Merkel zu sprechen, nörgeln wir nicht sofort am Vertragstext herum, sondern ziehen wir nach vier Jahren Bilanz und fragen: Geht es den Menschen in unserem Land dann besser oder schlechter? Und nur danach sollten wir die neue Bundesregierung beurteilen.

3. Deutschland braucht Reformen

Vor der neuen Regierung liegt ein gewaltiger Berg an Problemen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich mit rund 5 Mio. auf einem bedrückend hohen Niveau. Jedes Jahr müssen rund 40.000 Unternehmen Insolvenz anmelden. Jeden Tag gehen mehr als 1.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. Das Wirtschaftswachstum liegt seit Jahren nur noch im 1 %-Bereich. Deutschland gehört damit zu einem der wachstumsschwächsten Länder in Europa.

Die Staatsfinanzen sind zerrüttet: Seit 1998 sind rund 180 Mrd. Euro neue Schulden angehäuft worden. Damit ist der Schuldenstand des Bundes auf 890 Mrd. Euro gestiegen. Jeden Tag muss der Bund mehr als 100 Mio. Euro für Zinsen aufbringen. Im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen wurde das Defizit beim Bund für 2006 mit rd. 35 Mrd. Euro beziffert. Dieses Defizit könnte noch größer ausfallen, denn die Bundesregierung geht davon aus, dass die Konjunktur anspringt und bei einem Wachstum von 1,8 % alleine im

nächsten Jahr 200.000 zusätzliche Jobs geschaffen werden. Das sind die Fakten, die den Reformbedarf in Deutschland belegen und an denen auch eine neue Bundesregierung nicht vorbeikommt.

Für das nächste Jahr sind die Aussichten nicht rosig. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert in seinem jüngsten Gutachten ein Wachstum von nur 0,8 % für 2005 und gerade mal 1,0 % für 2006. Das wird nicht ausreichen, um zusätzliche Jobs zu schaffen. Ein deutlicher und nachhaltiger Rückgang der Arbeitslosigkeit ist jedenfalls auch im nächsten Jahr nicht zu erwarten.

Wir sollten Deutschland nicht schlecht reden. In diesem Land und seinen Menschen stecken unglaubliche Potentiale, die wir nutzen müssen. Aus diesem Grunde haben wir im Wahlkampf unser Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode auch „Deutschlands Chancen nutzen“ genannt. Aber einige grundlegende Reformen brauchen wir schon. Andere Länder haben uns das vorgemacht. Ich nenne nur die osteuropäischen Nachbarn, die im Mai des letzten Jahres zur Europäischen Union gekommen sind. Ihr atemberaubender Reformkurs ist sicher nicht ohne weiteres auf Deutschland zu übertragen. Aber der Mut und die Entschlossenheit, mit der in diesen Ländern grundlegende Reformen auf den Weg gebracht werden, sind schon beachtlich. Auch wir müssen uns fragen, was zu tun ist, um „Arbeit für alle“ und „Wohlstand für alle“ wieder Realität werden zu lassen, um die größte soziale Ungerechtigkeit in diesem Jahrtausend, die Arbeitslosigkeit, zu beheben.

Ein Schwerpunkt einer Reformagenda muss die Konsolidierung des Bundeshaushaltes sein - so wie es im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Wir müssen unsere Finanzen wieder in Ordnung bringen. Das muss zunächst auf der Ausgabenseite geschehen. Es kann nicht sein, dass wir Jahr für Jahr neue Schulden anhäufen, ohne uns darum zu kümmern, wer sie irgendwann einmal begleichen soll. Von der neuen Bundesregierung muss das klare Signal ausgehen, dass wir jahrelang über unsere Verhältnisse gelebt haben. Es muss deutlich werden, dass die Politik des Schuldenmachens mit dieser Regierung zumindest mittelfristig ein Ende findet. Es darf nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Deshalb ist es gut, dass man sich auf klare und nachvollziehbare Konsolidierungsziele verständigt hat und 2007 die Maastricht-Kriterien einhalten und einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen will.

So wichtig aber die Konsolidierung des Haushaltes ist, wir müssen auch dafür sorgen, dass die Wirtschaft an Fahrt aufnimmt und Beschäftigung entsteht. Es wird nicht ausreichen, nur die Ausgaben zu reduzieren und die Einnahmen zu erhöhen. Die Konsolidierung der Finanzen muss deshalb mit den notwendigen strukturellen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Steuer und in den sozialen Sicherungssystemen verknüpft werden. Andernfalls stehen wir in vier Jahren wieder dort, wo wir heute schon stehen: Auf einem riesigen Schuldenberg, dann aber mit der nicht unbegründeten Vermutung, dass man den Bürgerinnen und Bürgern einen weiteren Kraftakt nicht noch einmal zumuten kann und will.

Deshalb brauchen wir neben den Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts auch Reformen. Wir brauchen nach wie vor eine grundlegende Steuerreform, damit unser Steuersystem einfacher wird, international wettbewerbsfähig ist und Unternehmen dazu anregt, in Deutschland zu investieren und damit Arbeit und Einkommen hier und nicht nur im Ausland zu schaffen. Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme auf eine solide Basis stellen, damit wir soziale Sicherheit auch für die nachfolgenden Generationen gewährleisten können. Wir müssen die Lohnnebenkosten in Grenzen halten, damit die Schere zwischen Brutto und Netto und damit zu Lasten von Arbeit und Beschäftigung nicht immer weiter auseinander geht.

Deshalb plädiere ich für eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, deren Beiträge klar begrenzt werden oder besser noch - wie von der Union im Regierungsprogramm gefordert - von den Lohnkosten abgekoppelt werden. Wir müssen den Jüngeren unter uns, aber auch den Arbeitgebern ganz klar signalisieren: Bis hierhin, aber nicht weiter sollen die Belastungen steigen. Wir müssen in Deutschland Bürokratie abbauen. Dadurch befreien wir die Wirtschaft von hohen Bürokratiekosten und schaffen bei den Unternehmen Spielraum für neue Investitionen und neue Arbeitsplätze.

Nicht alle dieser Reformprojekte sind im Koalitionsvertrag verankert. Aber es sind Schritte in diese Richtung vereinbart worden. Die Große Koalition hat einige der dringend notwendigen Reformen ins nächste Jahr vertagt. Damit kann man leben, denn grundlegende Reformen müssen gründlich vorbereitet werden. Aber im nächsten Jahr müssen sie dann auch zwingend angegangen werden. Wir müssen den nun eingeschlagenen Weg in den nächsten vier Jahren konsequent weitergehen.

4. Deutschland braucht Mut und Zuversicht

Die Bürgerinnen und Bürger haben am 18. September über die künftige Bundesregierung entschieden. Aus dem Ergebnis der Bundestagswahl kann man nüchtern den Schluss ziehen: Die Wählerinnen und Wähler wollten keinen grundlegenden Reformkurs, den Angela Merkel im Wahlkampf skizziert hat. Sie wollen aber auch kein rot-grünes „Weiter so“, bei dem sich in Deutschland zuletzt nichts mehr bewegt hat. Zu grundlegenden Veränderungen sind die Bürgerinnen und Bürger offenbar noch nicht bereit. Die Schlussfolgerung, dass die Menschen überhaupt keine Reformen wollen, halte ich jedoch für falsch.

Immerhin haben uns die meisten Menschen bei der Analyse der Probleme und dem sich daraus ergebenden Reformbedarf zugestimmt. Fast alle waren und sind der Meinung, dass wir nicht dauerhaft auf Pump leben können, dass wir die Lohnnebenkosten senken und dass wir das Steuerrecht vereinfachen müssen. Jedem ist klar, dass - angesichts der schwierigen Lage in Deutschland - etwas geschehen muss. So sind nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 70 % der Bevölkerung davon überzeugt, dass sich Deutschland in einer Krise befindet und sich im Land unbedingt etwas ändern muss. 79 % der Bevölkerung wollen, dass das Steuersystem reformiert wird, und 64 % meinen, dass flexiblere Arbeitszeiten notwendig sind.

Die Union konnte gemeinsam mit der FDP keine Mehrheit erreichen, obwohl wir bei den Umfragen aller Institute bis unmittelbar vor dem Wahltermin die Nase vorne hatten. Offenbar haben sich die Wähler kurz vor dem Urnengang, vielleicht sogar erst in der Wahlkabine, anders entschieden. Wir müssen uns fragen: Was ist schief gegangen?

Man kann viel darüber spekulieren, was die Gründe für das aus Unionssicht enttäuschende Ergebnis waren. Ich bin der Meinung, dass viele letztlich Angst vor der eigenen Courage bekommen haben. Manch einer wird sich gedacht haben: Die Reformen, die die Union plant, sind sicher notwendig, aber vielleicht kann in diesem Jahr der Kelch noch einmal an mir vorübergehen. Rainer Hank schreibt dazu in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Die Leute hoffen, dass es für sie gerade noch reicht und erst die kommende Generation die Suppe - sprich 1,5 Bio. Euro Staatsschulden - auslöffeln muss“.

Mich erinnert das an ein rostiges Auto, das über den Winter gebracht werden muss. Der Besitzer hört von der Werkstatt, dass der Wagen von Grund auf erneuert werden muss. Das kostet Geld. Eine andere Werkstatt beschwichtigt und teilt ihm mit, dass der Wagen mit einigen kleineren Reparaturen durch den TÜV zu bringen sei. Der Mann entscheidet sich mit schlechtem Gewissen für die billige Werkstatt, bleibt aber im Winter mit Motorschaden liegen. Und das kann richtig teuer werden. Deutschland ist kein rostiges Auto. Der Motor stottert nur etwas. Anstatt immer neue Hilfsmotoren zu montieren, sollten wir endlich den Sand aus dem Getriebe nehmen.

In Deutschland fehlt es nicht an der Einsicht, dass Reformen notwendig sind, und auch nicht an der Bereitschaft, Reformen mit zu tragen. Es fehlt ganz einfach der Mut, Veränderungen zu wagen. Es mangelt schlicht an der Zuversicht, dass es mit Reformen besser werden kann. Ich meine sogar: Es herrscht eine Grundstimmung der Verzagtheit. Man denkt in Kategorien von Schadensbegrenzung und Vermeidung von Übeln und nicht in den Kategorien zukünftiger Chancen. Längst spricht man im Ausland schon von der „deutschen Angst“, die das Grundvertrauen der Bürger in die Politik zu erschüttern droht. Es fehlt schlicht an der Bereitschaft, etwas auszuprobieren - auch auf die Gefahr hin, dass es schief geht. Auf einer

Basis des Vertrauens würden vielleicht viele sagen: „Probieren wir es aus. Wenn es schief geht, machen wir es anders“. Stattdessen wird viel zu oft Schwarz gemalt. Mögliche Konsequenzen werden überzeichnet oder als unzumutbar zurückgewiesen.

Ludwig Erhard soll einmal gesagt haben: „50 % der Wirtschaft sind Psychologie.“ Wenn das stimmt, woran ich keinen Zweifel habe, dann kommen wir aus der Misere nur heraus, wenn wir diese Verzagtheit mit Mut und Entschlossenheit überwinden.

Es fehlt nicht nur an Mut und Zuversicht. Es fehlt auch an der notwendigen Geduld, wenn Reformen einmal auf den Weg gebracht sind. Das sieht man deutlich an der schnellen und überzogenen Kritik am Koalitionsvertrag. Die ist zum Teil verständlich, denn wir leben nun einmal in einer schnelllebigen Welt, in der fast alles möglich und erreichbar scheint. Die Menschen erwarten auch von der Politik schnelle Erfolge, selbst wenn offensichtlich ist, dass die beabsichtigten Wirkungen erst Jahre später eintreten werden. Oftmals werden sogar Korrekturen angemahnt und von der Politik auch in Aussicht gestellt, obwohl das Gesetz noch gar nicht in Kraft getreten ist. Zudem wird heute bei jedem noch so kleinen Reformschritt gefragt, „Was bringt er mir?“ und „Was kostet er mich?“ Über die Medien erfahren die Bürgerinnen und Bürger jederzeit in Euro und Cent, mit welchen Einbußen und welchen Vorteilen sie zu rechnen haben.

Es wird zudem nicht danach gefragt, wer die besseren Konzepte und Programme hat, sondern viel zu oft danach, wer „sich besser verkaufen“ konnte, wer die „Botschaft besser rübergebracht“ hat oder wer die „bessere Performance“ an diesem Abend hatte. Wer hat sich durchgesetzt? Wer war besser? Wer hatte die schönere Krawatte an? All das sind wichtige Fragen, aber wenn sie die Menschen mehr bewegen, als Fakten und Programme, stimmt das bedenklich.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine Politik, die sich an langfristigen Zielen orientiert, sehr schwer. Deshalb ist unsere Politik heute oftmals kurzatmig oder verkommt zur bloßen Effekthascherei. Politik wird zur Symbolpolitik, die Probleme werden von Fall zu Fall gelöst und auch nur dann, wenn sie in den Medien ein zentrales Thema sind. Anders wären solche Vorschläge wie die „Reichensteuer“ gar nicht denkbar.

Die große Frage, die wir uns stellen müssen, lautet also: Wie können wir die Menschen dazu bewegen, die für notwendig erachteten Reformen mit zu gehen und mit zu tragen? Wie kommen wir wieder zurück zu einer Politik, die sich an den tatsächlichen Problemen orientiert? Und wie können wir die Bürgerinnen und Bürger wieder dazu motivieren, die Wirkungen von Politik auch einmal mit der notwendigen Geduld und Zuversicht abzuwarten? Und: Wie können wir wieder das notwendige Vertrauen schaffen, um das durchzusetzen, was in Deutschland Not tut?

5. Politik braucht Vertrauen

Eine der wichtigsten Aufgaben der Politik ist es, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurück zu gewinnen. Vertrauen in die Politik, in den Staat und deren Institutionen und Repräsentanten ist die Grundlage für Veränderungen und Reformen. Nur aus Vertrauen erwächst Zuversicht. Nur mit Zuversicht können wir die Probleme in Deutschland angehen.

Wozu Vertrauen und Zuversicht führen, können wir anschaulich am Bau des Freiburger Münsters ablesen. Vor rund 800 Jahren wurde der Bau in Angriff genommen. Mehr als 300 Jahre haben die Menschen an diesem Bauwerk gearbeitet, ehe der Schlussstein gesetzt werden konnte. Das heißt: Die Freiburger Bürger, die den Bau begonnen haben, wussten, dass sie seine Vollendung nicht mehr erleben würden. Dennoch haben sie den Bau in der Hoffnung begonnen, dass ihre Nachkommen daraus einmal ihren Nutzen ziehen werden. Dieses Beispiel macht deutlich, wie stark damals das Vertrauen der Menschen in die Zukunft war. Es zeigt auch, mit welcher Tatkraft die Menschen an ihrer eigenen Zukunft gebaut haben.

Unglücklicherweise ist es um das Vertrauen in die Politik im Allgemeinen und in die Politiker im Besonderen nicht gut bestellt. Glaubt man den Umfragen, dann haben nur noch zwölf Prozent der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in die politischen Parteien. Politik gilt heute als schmutziges Geschäft, Politiker gelten ganz allgemein als unzuverlässig und unehrlich. Von einer neuen Bundesregierung erwartet beispielsweise nur jeder dritte Bürger eine Antwort auf die drängenden Probleme.

Schlimmer noch: Im Verhältnis zwischen dem Bürger und seinen politischen Repräsentanten droht Ernüchterung einzutreten. Manche Bürger gehen auf Distanz zur Politik und betrachten Politik als einen gesonderten Bereich, der mit ihrem praktischen Leben nicht mehr viel zu tun hat. Der Mitgliederschwund der großen Volksparteien, die abnehmende Wahlbeteiligung und die schleichende Auflösung des Stammwählerpotentials sind Ausdruck dieser Entwicklung.

Es ist nicht nur die so genannte Politikverdrossenheit, es ist die Distanz zwischen Bürger und Staat, die Anlass zu Beunruhigung geben sollte. Dieter Rulff hat dazu kürzlich in der FAZ am Sonntag geschrieben: „Es ist ein Erschlaffen der Leidenschaft zu beobachten, mit der die politischen Prozesse begleitet werden. Sie korrespondiert mit dem Abklingen emphatischer Politikentwürfe, jenen großen Erzählungen, mit denen sich die Parteien ihre Gefolgschaft sicherten“. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat dieses Phänomen als „Zuschauerdemokratie“ bezeichnet und schreibt dazu ebenfalls in der FAZ Sonntagszeitung: „Die Bürger betrachten Politik nicht mehr als ihre Sache, an der sie Anteil haben und Anteil nehmen. Sie betrachten Politik aus der Distanz - aus der Perspektive des Beobachters, eines Zuschauers, manchmal subjektiv auch aus der eines politischen Opfers“. Diese Distanz müssen wir überwinden, wenn wir auch in Zukunft weiter Politik gestalten wollen.

6. Politik braucht Ehrlichkeit

Vertrauen zurück zu gewinnen, ist nicht einfach. Bereits Otto von Bismarck hat dazu treffend bemerkt: "Vertrauen ist eine zarte Pflanze. Ist es zerstört, kommt es sobald nicht wieder".

Vertrauen gewinnt man nur durch Ehrlichkeit. Die Union hat mit Angela Merkel einen ehrlichen Wahlkampf geführt. Die Probleme, vor denen wir in Deutschland stehen, wurden deutlich beschrieben. Wir haben auch sehr konkrete, für die Bürgerinnen und Bürger eher einschneidende Reformvorschläge unterbreitet. Ich nenne beispielhaft die Reform des Gesundheitswesens, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder die Konsolidierung der Finanzen. Wir haben den Menschen deutlich vor Augen geführt, welche Reformen wir als notwendig erachten und was die Bürgerinnen und Bürger von einer unionsgeführten Bundesregierung zu erwarten haben. Demgegenüber stand ein Programm der SPD, das eher einem Oppositions- denn einem Regierungsprogramm entsprach und voll von unerfüllbaren Versprechungen war. Letztlich konnte die SPD zum damaligen Zeitpunkt auch nicht davon ausgehen, dass sie wieder in die Regierung kommt. So ist denn auch lediglich ein „Wahlmanifest“ herausgekommen, mit dem die sozialdemokratische Seele gestreichelt werden sollte.

Ich meine, der „Wahlkampf der Ehrlichkeit“ war und ist richtig - auch wenn wir für die Union kein zufrieden stellendes Ergebnis einfahren konnten. Wie anders als mit Ehrlichkeit kann man die Menschen überzeugen? Gerade wir Politiker müssen wieder das tun, was wir zuvor versprochen haben. Wer nach der Wahl etwas anderes tut, als er vorher versprochen hat, handelt unehrlich. Schlimmer noch: Er zerstört das Maß an Glaubwürdigkeit, das Vertrauen begründen könnte. Kurz: Das ist der Stoff, aus dem Politikverdrossenheit entsteht. „Wir halten, was wir versprechen, und wir tun, was wir sagen!“ - Das muss wieder der Leitsatz der Politik werden! Einmal angekündigte Reformen müssen auch auf den Weg gebracht werden. Da darf man nicht beim ersten Widerstand einknicken.

Auch die neue Bundesregierung hat die Probleme und den sich daraus ergebenden Reformbedarf offen und ehrlich angesprochen. Diese Offenheit ist neu. Sie ist aber eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik.

Auch ich versuche, mit gutem Beispiel voranzugehen. Das ist nicht immer einfach. Vor allem dann nicht, wenn man den Bürgerinnen und Bürgern Einschnitte zumuten muss. Das ist nicht populär. Im Gegenteil: Es löst bei den Betroffenen auch Ängste und Widerstände aus, für die ich Verständnis habe. Aber die Maßnahmen sind Teil meiner Reformpolitik in Niedersachsen, und sie sind für die Zukunftsfähigkeit des Landes, für das ich Verantwortung trage, richtig und notwendig. Deshalb haben wir sie vor den Wahlen angekündigt, und deshalb setzen wir sie nunmehr konsequent um.

Auch ich habe in Niedersachsen vor der Wahl den Menschen nicht das Blaue vom Himmel versprochen. Im Gegenteil: Ich habe sehr deutlich gemacht, was auf die Menschen zukommen wird. Und ich habe auch immer wieder betont, dass ich die Versprechen einlösen werde. Und genau dies haben wir gemacht. Im Ergebnis kann ich feststellen: Mit dieser Art Politik haben wir gute Erfahrungen gemacht. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger im Lande ist trotz dieser Reformen hervorragend.

Aus diesem Grunde habe ich die Hoffnung, dass wir eine Chance haben, zu einer Politik bzw. einem öffentlichen Diskurs zurückzufinden, bei der nicht Show und Unterhaltung im Vordergrund stehen, sondern die Sache, um die es geht. Ich habe die große Hoffnung, dass zukünftig die Arbeit der Politiker goutiert wird, die das Notwendige mit Ruhe, Stetigkeit und Beharrlichkeit umsetzen, und damit Ehrlichkeit auch in Wahlkampfzeiten belohnt wird. Auch für die Politik muss gelten: Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein. Ehrlichkeit muss sich auszahlen.

7. Politik braucht ein solides Fundament

Politik braucht genau wie ein Gebäude ein solides Fundament. Nur auf einem soliden Fundament lässt sich bauen. Das ist in der Politik nicht anders als zum Beispiel beim Bau einer Kirche. Der Grundstein muss richtig gelegt werden, und das Fundament muss so gebaut werden, dass es tragfähig ist.

Beim Kirchenbau gehört zu einem soliden Fundament auch die klare Ausrichtung nach Osten, wie es bei christlichen Kirchen üblich ist. Fast alle alten christlichen Kirchen sind nach Osten ausgerichtet. Und auch heute noch wird dieses Prinzip meistens beachtet. Es ist letztlich die Suche nach dem Osten bzw. nach dem Licht, was ja das Wort Orientierung letztlich bedeutet.

Das Fundament jeder Politik ist ein solides Wertegerüst, aus dem sich die konkreten Fragen und Ziele ableiten lassen. Daran werden auch die einzelnen Reformschritte ausgerichtet. Das Fundament der Politik ist der Kompass, den wir brauchen, um täglich Entscheidungen zu fällen, und ohne den Politik schnell zu einem Zickzackkurs verkommen würde.

Sich über die Ziele im Klaren zu sein, ist eine zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik. Nehmen wir wieder das Beispiel des Freiburger Münsters. Auch hier hat man sicher nicht jedes Detail und jede Schwierigkeit, die beim Bau eines so großen Gebäudes auftreten können, vorhergesehen. Aber man hatte eine klare Vorstellung davon, wie es später einmal aussehen sollte. Zwar ist aus dem ursprünglich geplanten romanischen Bau eine im gotischen Stil erbaute Kirche geworden, aber eine Kirche ist es dennoch. Und darüber herrschte vor Baubeginn am Anfang des 13. Jahrhunderts Einigkeit.

In der Politik müssen wir den Menschen deshalb nicht nur ehrlich sagen, was auf sie zukommt, sondern auch, wohin die Reise geht. Was steht am Ende der Reformen? Jeder Bürger muss doch sagen können: „Ja, der Weg lohnt sich. Und ich bereit, diesen Weg zu gehen“. Anders formuliert: Die Menschen brauchen neben aller Ehrlichkeit auch eine Verheißung oder eine frohe Botschaft, die sie durch das „Tal der Tränen“ trägt. Aber wir brauchen dazu auch eine positive Vision, bei der die Menschen erkennen können, dass sich der beschwerliche Weg lohnt. Die Botschaft muss sein: Ja, wir haben derzeit Probleme, aber wenn wir uns anstrengen, geht es uns in einigen Jahren wieder deutlich besser.

Und wir brauchen einen Plan, wie wir die Reformen umsetzen wollen. Politik ist wie eine große Baustelle, auf der sich hunderte von Arbeitern und zahlreiche Kräne und Baufahrzeuge bewegen. Wer hat nicht schon selbst einmal an einer Großbaustelle gestanden und dem Treiben zugesehen? Hier kann man schnell die Übersicht verlieren und einzelne Arbeiter oder sogar das gesamte Bauwerk in Gefahr bringen. Was für die Bauwirtschaft gilt, ist auch für die Politik von großer Bedeutung. Wir brauchen einen Plan. Friedrich Merz hat ihn einmal als „Masterplan Deutschland“ bezeichnet. Auf diesem Plan sollten die großen Reformen beschrieben und die zeitliche Abfolge für deren Umsetzung bestimmt werden. Alle Rädchen müssen sinnvoll ineinander greifen. Politik aus „einem Guss“ eben, wie Angela Merkel es schon seit Jahren fordert.

8. Wirtschaft braucht Ordnung

Die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik ist neben dem Vertrauen der Menschen eine florierende Wirtschaft. Ohne wirtschaftliche Dynamik und mehr Beschäftigung wird keine Bundesregierung erfolgreich sein. Die Probleme werden ihr sehr schnell über den Kopf wachsen. Der RWE-Konzern hat erst kürzlich in einer in der FAZ geschalteten Anzeige auf die Bedeutung einer dynamischen Wirtschaft sehr prägnant hingewiesen: „Kein Wohlstand ohne Wachstum. Kein Wachstum ohne Investitionen. Keine Investitionen ohne starke Unternehmen“.

Für starke Unternehmen, die in Innovationen und damit Arbeitsplätze am Standort Deutschland investieren, muss der Staat etwas tun. Das Beste, was eine Bundesregierung für die Wirtschaft tun kann, ist, sich aus der Wirtschaft herauszuhalten. Die Wirtschaft braucht einen starken Staat, der die Rahmenbedingungen jener Ordnung festlegt und erneuert, der in den letzten Jahrzehnten für das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft stand und deren Grundlagen hier in Freiburg entwickelt wurden. Sie braucht aber keinen Staat, der in alles hineinregiert und alles reglementiert.

Es lohnt sich hier in Freiburg, den Blick in die Vergangenheit zu werfen, in der die ordnungspolitischen Grundzüge unserer marktwirtschaftlichen Ordnung Gestalt angenommen haben. Alfred Müller-Armack ist der geistige Vater der „Sozialen Marktwirtschaft“. Von ihm stammen Begriff und Konzept, die noch heute das Fundament unseres Wirtschaftssystems bilden. Zusammen mit Ludwig Erhard legte er damit entgegen dem damaligen Zeitgeist den Grundstein für das deutsche „Wirtschaftswunder“ und unseren heutigen Wohlstand. Angesichts der strukturellen Problematik, in der sich Deutschland gegenwärtig befindet, ist es mehr denn je erforderlich, an ihn und die von ihm entworfenen Grundsätze des wirtschaftspolitischen Leitbilds der sozialen Marktwirtschaft zu erinnern.

Das Fundament der sozialen Marktwirtschaft besteht darin, „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“. So hat es Müller-Armack einmal kurz und prägnant formuliert. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass Wirtschaften eine Angelegenheit des Privatsektors ist. Im freien Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage bilden sich Preise. Sie geben die Signale, welche wirtschaftlichen Aktivitäten sich am Markt behaupten können. Wettbewerb wurde im umfassenden Sinne verstanden. Wettbewerb sollte nicht nur auf den Gütermärkten herrschen, sondern auch die Suche nach den besten Lösungen für wirtschaftliche und soziale Probleme bestimmen. Der Staat dagegen setzt die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich das Wirtschaftsleben vollzieht. Die Soziale Marktwirtschaft war deshalb für Müller-Armack zuallererst eine Wettbewerbswirtschaft, ergänzt um eine sozialpolitische Schutzfunktion für die Wechselfälle des Lebens, nicht aber im Sinne einer allgemeinen Versorgung.

Nur der Wettbewerb bürgt für effizientes Wirtschaften. Deshalb dürfen die sozialen Sicherungssysteme den Wettbewerb nicht behindern oder gar überlagern. Denn wenn der Wettbewerb nicht mehr das dominante Prinzip ist, wird das marktwirtschaftliche Anreizsystem außer Kraft gesetzt. Motivation, Initiative und Leistungsbereitschaft des einzelnen erlahmen. Die Leistungsfähigkeit des Gesamtsystems schwindet, bis schließlich die Mittel nicht mehr zur

Verfügung stehen, um soziale Sicherheit in dem Maße zu gewährleisten, an das wir uns in den letzten Jahrzehnten gewöhnt haben. Müller-Armack hat deshalb auch eine „freie Marktwirtschaft“ gefordert, die mit einer der Marktwirtschaft konformen sozialen Sicherung umgeben wird.

Individuelle Freiheit, ökonomische Effizienz durch Wettbewerb und sozialer Ausgleich bilden das magische Dreieck der Sozialen Marktwirtschaft, das es immer wieder neu auszubalancieren und den Herausforderungen der Zeit anzupassen gilt. Angesichts von rund 5 Mio. Arbeitslosen, unzureichendem Wachstum und einer dramatisch steigenden Verschuldung des Staates und von sozialen Sicherungssystemen, die zu kollabieren drohen, kann von einer ausgewogenen Balance der tragenden Prinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr die Rede sein. Das marktwirtschaftliche Element kommt eindeutig zu kurz. Die Marktkräfte werden durch zu viel Regulierung, durch einen zu großen Staatsanteil und dadurch bedingte hohe Steuern und Abgaben in ihrer Freiheit eingeschränkt. Die eigenständige Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft und die dem marktwirtschaftlichen System innewohnende Tendenz zu wachsen, wird so nachhaltig gehemmt.

Die entscheidende Frage ist, welche ordnungspolitischen Weichen wir stellen und welchen langfristig angelegten Reformansatz wir realisieren müssen, um Deutschland wieder auf einen höheren Wachstumspfad zu führen. Genau so, wie der Jurist nach dem „richtigen Recht“ fragen muss, genau so muss die Politik nach der ordnungspolitisch richtigen Entscheidung fragen. Richtig ist aber nicht immer das, was bei den Menschen ankommt. Richtig ist das, was Wachstum und Beschäftigung schafft, was die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte saniert und das, was den Menschen wieder Vertrauen in die eigene Zukunft gibt.

9. Wirtschaft braucht Freiheit

Wirtschaftsminister Karl Schiller prägte vor rund 40 Jahren den Begriff der Globalsteuerung. Dahinter stand die Vorstellung, die Politik könne Wachstum generieren, indem sie an den verschiedenen Stellschrauben des Systems ein wenig drehe. Dies war die Abkehr von einer Wirtschaftspolitik, die sich auf die Gestaltung des ordnungspolitischen Rahmens beschränkte, für die Ludwig Erhard stand.

In den letzten Jahrzehnten ist mehr als deutlich geworden, dass der Weg der politischen Globalsteuerung in die Irre und letztlich zu mehr Schulden und zu mehr Arbeitslosen führt. Auch eine Große Koalition muss darauf achten, dass sie diesen Fehler nicht wieder begeht. Ein Investitionsprogramm für Familien, zur Stärkung der privaten Haushalte in ihrer Rolle als Arbeitgeber oder die geplanten Mehrausgaben für Forschung und Entwicklung sind sicherlich gut investiertes Geld, aber noch besser wäre es, wenn der Staat und die Politik nach dem Prinzip „Weniger ist Mehr“ handeln und sich möglichst weit aus der Wirtschaft zurückziehen und das Geld, das für solche Investitionsprogramme aufgebracht werden muss, unmittelbar bei den Bürgerinnen und Bürger belassen würde.

Der Staat muss sich insgesamt zurückziehen. Die Grundrichtung muss klar sein: Deutschland muss einfacher werden. Wir haben in den letzten Jahren in allen Bereichen der Gesellschaft einen Wust von Reglementierungen, Bürokratie und vor allem Förderprogrammen angehäuft, der jegliche Initiative und wirtschaftliche Dynamik abzuwürgen droht. Deshalb brauchen wir eine Steuerreform, die unser Steuersystem vor allem einfacher macht. Jeder soll in Zukunft seine Steuerklärung ohne großen Aufwand in überschaubarer Zeit machen können. Jeder soll erkennen können, inwieweit er zum Steueraufkommen in Deutschland beiträgt. Das führt nicht nur zu Steuergerechtigkeit, sondern macht auch deutlich, wer sich in welchem Umfang an der Solidarität in dieser Gesellschaft beteiligt.

Wir brauchen einfache und klare Regeln auf dem Arbeitsmarkt. Hier muss endlich wieder Ordnung geschaffen werden. Und zwar nicht dadurch, dass weitere Reglementierungen zum ohnehin kaum zu überblickenden Arbeitsrecht hinzukommen, sondern indem die Reglungsdichte deutlich ausgedünnt und entschlackt wird. Wer durchblickt denn noch das

dichte Geflecht an Vorschriften und Fördermöglichkeiten, die für jede Situation eine eigene Regelung vorsehen. Das gilt insbesondere für den Kündigungsschutz. Der Kündigungsschutz schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor willkürlicher Entlassung. Aber, wenn niemand mehr versteht, wann man sich von Mitarbeitern trennen kann, ist auch niemand mehr bereit, jemanden einzustellen. Klarheit, Einfachheit und Transparenz sorgt auch hier für die notwendige soziale Gerechtigkeit. Es kann doch nicht so sein, dass für jedes Problem in Deutschland ein eigener Fördertatbestand identifiziert wird.

Wir brauchen vor allem wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einkünften aus Arbeit und Transfereinkommen. Es darf nicht sein, dass Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - Transfers des Staates beziehen, besser gestellt werden, als diejenigen, die mit ihrer Arbeit zur Solidarität in unsere Gesellschaft beitragen. Es muss der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Auch hier brauchen wir wieder mehr Transparenz und Gerechtigkeit, die nur mit einfachen und für jedermann verständlichen Lösungen zu erreichen sind.

Politik sollte sich nach einfachen Gesetzen und Regelungen vollziehen, die für jedermann verständlich sind - egal ob Unternehmer, Arbeitnehmer oder Transferempfänger. Nur dann haben die Menschen auch das Gefühl, dass es gerecht zugeht in diesem Land. Und nur dann sind die Menschen auch bereit, zur Solidarität in diesem Land beizutragen.

Klare und einfache Prinzipien müssen wieder an die Stelle des undurchschaubaren Regelungsgeflechtes treten. Wenn wir als Standort schon teuer sind, dürfen wir nicht auch noch bürokratisch sein. Wir dürfen nicht jedes Detail regeln, sondern müssen Verantwortung auch auf die untere Ebene übertragen. Dort kann man dann mit dem notwendigen Ermessensspielraum entscheiden, ob eine Regelung sinnvoll und verantwortungsvoll angewendet wird.

Prof. Ulrich van Suntum schreibt in seinem neuen Buch „Masterplan Deutschland“: „Wer die Menschen in ein Zwangskorsett aus Detailvorschriften steckt, darf sich nicht wundern, wenn das Interesse für das Ganze dabei verloren geht. Deutschland vereinfachen, heißt darum vor allem, den Menschen wieder mehr persönliche Verantwortung zu geben. Nur dann haben wir eine Chance, uns aus dem wuchernden Gestrüpp der Bürokratie ein Stück weit zu befreien“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

10. Schlusswort

Die neue Bundesregierung hat sich in dieser Woche konstituiert. Vor uns liegen vier Jahre, in denen die notwendigen Reformen in diesem Land vorangetrieben werden können. Lassen Sie uns die Arbeit von Angela Merkel und ihrer Regierung positiv begleiten. Seien wir hoffnungsfroh für das, was da kommen mag, und lassen Sie uns „mit Mut und Zuversicht“ in die Zukunft blicken, genau so, wie es die Freiburger Münsterbauer zu Beginn des 13. Jahrhunderts getan haben. Freuen wir uns auf einen neuen Anfang. Lassen Sie uns „Gemeinsam für Deutschland“ etwas bewegen.